Konrad Adenauer (im Wagen hinten rechts) mit Reichspräsident Hindenburg (l.) bei der Feier zur Befreiung des Rheinlandes von französischer und britischer Besatzung, Köln 1926

Konrad Adenauer bekannte sich zur neuen Republik, doch er unterstützte auch separatistische Bestrebungen. Von den Nationalsozialisten ließ sich der Oberbürgermeister nicht einschüchtern.

Der König von Köln

Von Norbert F. Pötzl

SCHERL / SÜDDEUTSCHER VERLAG

Mit einem „von heißer Dankbarkeit durchglühten Schwur der Treue zu Kaiser und Reich“ beschloss Konrad Adenauer 1917 seine Antrittsrede als Kölner Oberbürgermeister. Ein Jahr später, als der Krieg verloren war und das Ende der Monarchie nahte, stellte er sich flugs auf die neue Lage ein. Schon äußerlich machte er den Wandel sichtbar: Statt eines Kaiser-Wilhelm-Barts mit nach oben gezwirbelten Spitzen trug Adenauer, Mitglied der katholischen Zentrumspartei, nun ein kurz gestutztes Oberlippenbärtchen wie der Sozialdemokrat Friedrich Ebert.

Als am 8. November 1918 in Köln ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wurde, überließ Adenauer den Revolutionären Büroräume und zwei große Säle im Rathaus. Er wurde zum „Beauftragten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ ernannt und trug eine Armbinde mit der Aufschrift „Sicherheitsdienst“. Noch bevor in Berlin die Republik ausgerufen wurde, arbeitete der auf den König von Preußen vereidigte Oberbürgermeister mit den Umstürzlern zusammen.

Adenauer, mit 41 Jahren das jüngste Stadtoberhaupt in Preußen, sorgte allerdings auch für ein rasches Ende der Revolution. Schon zwei Tage später setzte er durch, dass als politisches Lenkungsgremium ein „Wohlfahrtsausschuss“ unter seinem Vorsitz gegründet wurde, dem auch Vertreter aller bürgerlichen Parteien angehörten.

Köln in Aufruhr: Es herrschte Hungersnot, Plünderungen und Gewalttaten erschütterten die Stadt, die voller zurückströmender Soldaten war. Aber Adenauer, „zeitlebens ein Fanatiker der Ordnung“, wie sein Biograf Hans-Peter Schwarz schreibt, begriff das allgemeine Chaos als erste große Herausforderung seiner Amtszeit und bewies „Kaltblütigkeit, politisches Fingerspitzengefühl und sicheres Führungstalent“.

So wie es das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 vorsah, besetzten die Siegermächte das linksrheinische Gebiet, die nördliche Zone mit Köln fiel an die Briten. Zur selben Zeit entstand hier die Rheinlandbewegung, der sich Adenauer anschloss. Am 1. Februar 1919 schlug er die Bildung einer „Westdeutschen Republik im Verband des Deutschen Reiches“ vor. Nach seiner Überzeugung war eine Teilung des alten Preußen, zu dem das Rheinland seit 1815 gehörte, „nötig, weil sonst Preußen ... kraft des natürlichen Schwergewichts seiner 42 Millionen Einwohner auch im neuen Deutschland ein Hegemonialstaat werden würde“.

Die Reichsregierung erklärte, sie werde alle Bestrebungen, das Rheinland von Preußen loszulösen, als Hochverrat verfolgen. Erst versuchte Adenauer noch zu belegen, dass ein Separatstaat erforderlich sei, um überzogene Reparationsforderungen zu verhindern. Aber nach dem Friedensvertrag, der am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet wurde, schwenkte er ein und bezeichnete sich jetzt als „Gegner des westdeutschen Freistaats“.

Nachdem im Januar 1923 französische Truppen unter dem Vorwand, Deutschland erfülle seine Reparationspflichten nicht, ins Ruhrgebiet einmarschiert waren, ließ Adenauer die Idee einer Rheinischen Republik wieder aufleben. Die Industrien der Ruhr, Lothringens und Luxemburgs sollten nach diesem Plan miteinander verbunden werden – zum ersten Mal wurde der Gedanke formuliert, durch eine europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, wie sie 30 Jahre später die Montanunion brachte, französische Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen. Durch eine Abspaltung des Rheinlands von Preußen, glaubte Adenauer, könne eine Befreiung von den Reparationslasten und der Abzug der Besatzer erreicht werden. Er stellte aber klar, dass derartige Verhandlungen nur im Auftrag der Reichsregierung geführt werden dürften.

Obwohl prominente Berliner Politiker und mächtige Industrielle an der Ruhr die Gespräche mit den Franzosen unterstützt hatten, blieb der Vorstoß anschließend allein an Adenauer hängen. Die Nationalsozialisten versuchten, ihm Vaterlandsverrat nachzuweisen; sie fanden jedoch keine Handhabe für eine Anklage.

Später brandmarkten die Kommunisten in der DDR Adenauers Handeln als „Anschlag auf Deutschlands Einheit“. In der Bundesrepublik versuchten innenpolitische Gegner des Kanzlers mit seinem Verhalten in den Zwanzigerjahren ihren Vorwurf zu untermauern, er habe eine Wiedervereinigung mit dem ihm seit je unsympathischen deutschen Osten nie wirklich gewollt.

Oft wurde behauptet, Adenauer habe aus tiefsitzender Abneigung gegen Preußen und dessen Hauptstadt mit einer Rheinischen Republik geliebäugelt. Gewiss teilte er die verbreiteten, historisch begründeten Ressentiments; Köln als Hochburg des aus preußischer Sicht staatsfeindlichen Katholizismus hatte sich stets zurückgesetzt gefühlt. Andererseits hielt sich Adenauer offenbar nicht ungern jeden Monat mehrere Tage in Berlin auf.

Das lag auch daran, dass der Zentrumsmann im Mai 1921 mit Unterstützung der Sozialdemokraten und der linksliberalen Deutschen Demokrati-

Konrad Adenauer bei einer Sitzung des preußischen Staatsrates, um 1925

ULLSTEIN BILD

schen Partei zum Präsidenten des Preußischen Staatsrats gewählt worden war, der Vertretung der Provinziallandtage. Es war eines der höchsten Staatsämter, hatte aber nur eine wirklich bedeutsame Funktion: Der Präsident des Staatsrates konnte im sogenannten Drei-Männer-Kollegium gemeinsam mit dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Landtagspräsidenten den preußischen Landtag auflösen – bei der Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie in Preußen sollte Adenauer seine Schlüsselstellung eindrucksvoll, wenn auch erfolglos ausspielen.

An seiner republikanischen Gesinnung ließ Adenauer von Beginn der Weimarer Zeit an keinen Zweifel. Mit seinem monarchistisch gesinnten Schulfreund Ildefons Herwegen, dem Abt des Klosters Maria Laach in der Eifel, wo Adenauer 1933/34 Zuflucht finden sollte, stritt er heftig. Auf dem Deutschen Katholikentag in München 1922, dessen Präsident er war, kam es zu einem heftigen Disput mit dem Münchner Kardinal Michael von Faulhaber, der offen die Restauration der Wittelsbachermonarchie betrieb. Als Faulhaber in einer Ansprache die Revolution als „Meineid und Hochverrat“ verdammte und die aus ihr hervorgegangene Republik wegen dieses „Kainsmals“ angriff, widersprach Adenauer dem Erzbischof: „Es verrät Mangel an historischem Blick, die heutige Verfassung verantwortlich zu machen für die heutigen Zustände.“

Demonstrativ blieb Adenauer einer Kölner Bismarck-Feier fern, auf der er der Hauptredner sein sollte, weil der Saal mit den schwarz-weiß-roten Farben der untergegangenen Monarchie dekoriert worden war. Adenauer sagte ab, weil „der heutigen Reichsflagge bei der Ausschmückung des Saales die ihr zukommende Ehrenstelle nicht zugewiesen ist“.

Frühzeitig versuchte Adenauer seine Zentrumspartei, die im Bismarck-Reich als politischer Arm der schikanierten Katholiken gegründet worden war, interkonfessionell auszurichten. Auf dem Katholikentag 1922 warb er dafür, „beim Kampf für die Geltung christlicher Grundsätze ... bei den Nicht-Katholiken Bundesgenossen“ zu suchen. Doch sein Appell verpuffte wirkungslos. Daraufhin mied er jede offene parteipolitische Betätigung, nie nahm er ein Parteiamt an.

Dennoch schlugen Parteifreunde ihn zweimal für das Amt des Reichskanzlers vor. Im Mai 1921, als der Zentrumspolitiker Constantin Fehrenbach nach ultimativen Zahlungsforderungen der Siegermächte zurückgetreten war, wurde Adenauer als Nachfolgekandidat benannt. Doch er stellte Bedingungen, die für die Sozialdemokraten als mögliche Koalitionspartner unannehmbar waren, unter anderem mehr indirekte Steuern und die Wiedereinführung des Neun-Stunden-Arbeitstages.

Im Mai 1926 wurde die Kanzlerfrage für Adenauer erneut akut. Es gab Streit darum, dass die deutschen Handelsschiffe noch mit einer schwarz-weiß-roten Flagge fuhren, und diese nun in fremden Häfen auch gehisst werden sollte. Deshalb kündigte die SPD ihre Mitarbeit in der Regierung auf. Wieder wurde Adenauer gerufen. Diesmal ging es weniger um Koalitionsfragen als um einen persönlichen Machtkampf zwischen Adenauer und Außenminister Gustav Stresemann (DVP). Während der Rheinländer Adenauer eine klare Ausrichtung der Außenpolitik nach Westen forderte, versuchte der Berliner Stresemann in bismarckscher Tradition durch ein System von Verträgen Deutschland eine Mittelposition zwischen Ost und West zu verschaffen.

Ganz offenbar legte es Adenauer auf ein Scheitern der Verhandlungen an. Später bekannte er, dass er „keine Neigungen verspürte“, den Reichskanzlerposten zu übernehmen. Als Oberbürgermeister war er auf zwölf Jahre gewählt, mit seiner Wiederwahl 1929 konnte er fest rechnen. Als Kanzler hätte er sich angesichts der politischen Instabilität wohl auch nicht wesentlich länger im Amt halten können als eine der insgesamt 19 Reichsregierungen, die es im Durchschnitt nur auf acht Monate brachten.

Stresemanns Ausspruch, die Oberbürgermeister seien neben den Großindustriellen die „Könige der Gegenwart ..., mächtiger als die Minister“, war auf Adenauer gemünzt. Der britische Diplomat Harald Nicolson zeigte sich 1929 nach einem Besuch im Rathaus jedenfalls beeindruckt von der „recht beachtlichen Erscheinung“ Adenauers, der Köln „nach Art eines Diktators“ regiere.

Seine Heimatstadt baute Adenauer zielstrebig zur „Metropole des Westens“ aus. Er betrieb die Wiedergründung der

Universität, ließ die früheren Festungsanlagen zu einem Grüngürtel umgestalten, belebte die Kölner Messe neu, erweiterte den Rheinhafen und siedelte Industriebetriebe an, unter anderem die Ford-Werke.

Köln galt freilich auch als Paradebeispiel verschwenderischer kommunaler Finanzwirtschaft. Berühmt ist die Auseinandersetzung um die Mülheimer Brücke, die von 1927 bis 1929 gebaut wurde. Eine Jury und auch das Stadtparlament hatten sich mehrheitlich für einen Rheinübergang auf Pfeilern ausgesprochen. Adenauer hingegen zog eine teurere Hängebrücke vor – vorrangig aus ästhetischen Gründen, wie er sagte. Tatsächlich gab wohl, auch für die zustimmenden Kommunisten, das Argument den Ausschlag, dass die Hängebrücke von einer einheimischen Firma gebaut werden konnte, was Arbeitsplätze in Köln sicherte.

Infolge der Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit liefen die Wähler Ende der Zwanzigerjahre scharenweise den Nazis zu. In Köln allerdings blieb die NSDAP bei der Kommunalwahl 1929 mit nur 4,6 Prozent der Stimmen eine Splittergruppe. Doch die Radikalen provozierten die Demokraten. Als die Naziortsgruppe auf dem Dach ihres „Braunen Hauses“ ein antisemitisches Transparent anbrachte („Die Juden sind unser Unglück“), zögerte die Polizei, angeblich weil ihr die Rechtslage unklar schien. Kurz entschlossen ließ der Oberbürgermeister die Feuerwehr anrücken und das Spruchband entfernen.

Französische Soldaten in Düsseldorf, 1921

Für Adenauer war unbegreiflich, dass sich die preußische Regierung unter Otto Braun (SPD) durch einen Handstreich des parteilosen, früher dem Zentrum angehörenden Reichskanzlers Franz von Papen am 20. Juli 1932 ohne Gegenwehr davonjagen ließ. Immerhin verfügte die – seit der Landtagswahl am 24. April nur noch geschäftsführende – Regierung über eine 90 000 Mann starke Polizeitruppe. „Ich bin kein Revolutionär“, sagte Adenauer, „aber es gibt Momente, da kommt es auf den Mut an, und da muss man zuschlagen.“

Papen beschuldigte Adenauer später, einen „vollendeten Hochverratsplan“ gebilligt zu haben. Tatsächlich hatte der Kölner Oberbürgermeister mit dem parteilosen preußischen Finanzminister Otto Klepper den Plan erörtert, bei einem Angriff auf die preußische Regierung den Ausnahmezustand zu verhängen, das Reichsbanner – einen paramilitärischen Verband von SPD, Zentrum und DDP zum Schutz der Republik – zur Hilfspolizei zu erklären und zu bewaffnen, die Arbeiter zum Widerstand aufzurufen, den Sitz der preußischen Regierung nach Köln zu verlegen und die Staatsgelder dorthin zu überweisen.

Daraus wurde nichts. Nach dem Zweiten Weltkrieg warf Adenauer der SPD vor, sie habe 1932 „ohne jede Spur des Widerstandes Preußen und das Reich der Reaktion und dem Nationalsozialismus ausgeliefert“.

Er selbst freilich unterstützte die Absicht des Zentrums, eine Zusammenarbeit mit der NSDAP anzustreben. Seine Partei, notierte Adenauer nach einer Besprechung mit Parteifreunden am 2. August 1932, sei bereit, eine Regierung aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen unter Hitler als Reichskanzler „zu tolerieren und ganz unvoreingenommen nur nach seinen Taten zu beurteilen“. Naiv wie ein großer Teil seiner Partei klammerte sich Adenauer an die Hoffnung, man werde Hitler in der Regierungsverantwortung schon zähmen können.

Nach dessen „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 und der Auflösung des Reichstags wollten die NS-Führer auch den preußischen Landtag neu wählen lassen. Im Jahr davor hatte die NSDAP die absolute Mehrheit dort nur knapp verfehlt; im Sog der Reichstagswahl am 5. März schien ihr ein überwältigender Sieg sicher. Im Drei-Männer-Kollegium des preußischen Staatsrats, der allein die Auflösung des preußischen Landtags beschließen konnte, saßen nun neben Adenauer der nationalsozialistische Landtagspräsident Hans Kerrl und Hitler-Vize Papen als selbst ernannter Reichskommissar von Preußen. Adenauer hielt dies für nicht verfassungsgemäß und erklärte, dass er deshalb auch nicht an einer Beschlussfassung mitwirken könne. Nachdem er den Raum verlassen hatte, verfügten Papen und Kerrl die Landtagsauflösung allein.

Noch einmal, am 17. Februar, als Hitler zu einer Kundgebung nach Köln kam, bewies Adenauer Standfestigkeit. Da der Besuch einer Wahlkampfveranstaltung galt, weigerte sich der Oberbürgermeister, den Reichskanzler am Flughafen zu empfangen, die Rheinbeleuchtung einzuschalten und städtische Gebäude zu beflaggen. Zwei Hakenkreuzfahnen, die von SA-Männern an der Deutzer Brücke gehisst worden waren, ließ er entfernen. Die Nazizeitung *Westdeutscher Beobachter* drohte: „Herr Adenauer mag wissen, dass solche Herausforderungen sich in Zukunft rächen werden.“

Tatsächlich quartierte sich in seinem Wohnhaus ein Trupp von SA-Männern ein. Am 10. März fand auf dem Neumarkt eine Großkundgebung der NSDAP unter dem Wahlslogan „Nieder mit Adenauer!“ statt. Hauptredner war der SA-Führer Prinz August Wilhelm von Preußen, der vierte Sohn des früheren Kaisers. Drei Tage später wurde der Oberbürgermeister von den neuen Machthabern abgesetzt.

Noch einmal ging er in sein Amtszimmer, dann schloss er die Rathaustür hinter sich ab. Den Schlüssel nahm er mit. Man fand ihn nach seinem Tod 1967 im Schreibtisch seines Rhöndorfer Hauses. ■

FRÉDÉRIC GADMER / MUSÉE ALBERT KAHN / DÉPARTEMENT DES HAUTS-DE-SEINE